

## Newsletter Ralph Lenkert / 9 / 2011

### Schulden von Griechenland?!

Der griechische Ministerpräsident Papandreou hat vergangene Woche die Vertrauensfrage im Parlament gestellt und sie gerade so überstanden. Seine Regierung darf also vorerst weitermachen.

Man stelle sich jedoch vor, der Regierung wäre kein erneutes Vertrauen ausgesprochen worden. Dann würden die Griechen nicht nur vor einem hohem Schuldenberg stehen, sondern besäßen auch eine zerrüttete Regierung, die sich mehr mit Machtkämpfen befassen würde, als sich um die Probleme des Landes zu kümmern.

Griechenland ist hoch verschuldet. Aus dem laufenden Staatshaushalt kann es die auslaufenden Staatsanleihen an die Banken nicht mehr zurückzahlen. Neue Kredite aus dem privaten Geldsektor können nicht aufgenommen werden, um Altlasten, Zinsen und laufende Kosten zu decken. Alle vorherigen Regierungen Griechenlands haben versagt. Steuern für Vermögende wurden gesenkt, Steuerhinterziehung geduldet und mit teuren Wahlgeschenken die Schuldenlast erhöht. Hinzu kam die Bankenkrise, bei der die griechische Regierung mit über 100 Mrd. Euro griechische Zockerbanken retten musste.

Die (propagierte) Lösung scheint ein weiteres auf Rentner und Arbeitnehmer zielendes Sparprogramm zu sein, denn diese werden zur Kasse gebeten und ausgeplündert. Gleichzeitig werden Verbrauchersteuern erhöht, die alle treffen. Die Einkommensstarken werden prozentual weniger zur Kasse gebeten als die schlechter Verdienenden. Deutlich höhere Vermögenssteuern oder gar Spekulationsabgaben sucht man vergebens. So sind zum Beispiel 2000 griechische Familien im Besitz von 80 Prozent des gesamten Geldvermögens. Diese Vermögen müssen an der Sanierung des griechischen Staatshaushalts beteiligt werden!

Das Sparprogramm verstößt gegen sämtliche ökonomische Gesetze. In verschuldeten Ländern bringt es nichts, überall zu kürzen. Dadurch wird lediglich die Wirtschaft geschwächt, mit der Folge, dass sich mehr und mehr Schulden anhäufen. Stellen Sie sich vor, die Bundesrepublik müsste mehr als 110 Mrd. Euro jährlich bei Renten, Investitionen, Sozialleistungen und Gehältern einsparen (so hoch wäre der gleiche prozentuale Anteil in Deutschland). Unsere Wirtschaft und unsere Sozialsysteme würden zusammenbrechen.

Selbstverständlich darf es nicht zu einem Staatsbankrott kommen. Das könnte einen Dominoeffekt auslösen, mit der Folge, dass andere strukturschwache EU-Mitgliedsländer immer mehr in die Schuldenfalle geraten würden.

Es sind die Banken und Finanzinvestoren, die Profite in Form hoher Zinsen für sich einstreichen. Weshalb kassieren Banken für mit Bürgschaften abgesicherte Kredite über 10% Zinsen, wenn sie selbst nur 1,25% zahlen und wegen bestehenden EU-Bürgschaften kein Risiko eingehen? Die gesamte europäische Bevölkerung haftet mit Bürgschaften, damit die Banken, die „Ackermänner“ ihre 25% Rendite erzielen.

Der Bankensektor muss staatlich reguliert werden. Das könnte eine europäische Wirtschaftsregierung leisten. So wäre beispielsweise auch die Zunahme der deutschen Staatsverschuldung um 300 Mrd. Euro innerhalb von drei Jahren verhindert worden.

Auch die sinkenden Löhne in Deutschland haben direkte Auswirkungen auf die Schulden von Griechenland und der EU. In den letzten 10 Jahren betrug der Reallohnverlust in Deutschland allein 4,5 Prozent. Deshalb fehlt vielen Deutschen das Geld für Urlaub in Griechenland und das Geld, um griechische Waren zu konsumieren.

Ein Vorschlag der Partei DIE LINKE ist die europaweite Einführung einer Vermögenssteuer. So würden die Reichen und besonders die Superreichen – die maßgeblich zu dieser Krise beigetragen haben – an der Problemlösung beteiligt.

Um die Probleme Griechenlands zu beheben, muss es eine längerfristige geordnete Entschuldung geben. Risiken würden sich auf einen längeren Zeitraum verteilen und Eingriffsmöglichkeiten zur Analyse und Regulierung des Entschuldungsprozesses wären besser und übersichtlicher gegeben.

Die jetzigen „Hilfen“ der EU-Partner retten nur die Vermögen der Spekulanten. Deshalb lehnt DIE LINKE, lehne ich diese „Rettungspakete“ ab.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Ralph Lenkert